

Jan A. Fuhse (Stuttgart)

Links oder rechts oder ganz woanders? Zur Konstruktion der politischen Landschaft

Politische Akteure verorten sich seit der französischen Revolution mit Hilfe der Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“. Allerdings platzieren sie sich zunehmend in der „Mitte“ oder gleich „jenseits von links und rechts“. Sind die beiden Kategorien damit überflüssig geworden? Oder behindern sie sogar eine neue Sicht auf die politische Landschaft? Der Beitrag diskutiert zunächst die Funktion des Links-Rechts-Schemas als Orientierungshilfe für politische Akteure und Wähler. Anschließend wird die inhaltliche Aussagekraft des Schemas ausgelotet und mit anderen Kategorisierungen verglichen: der dreipoligen Typologie der Cultural Theory und dem zweidimensionalen Modell von Herbert Kitschelt. Abschließend wird eine Netzwerktheorie des Parteiensystems skizziert, in der die politische Landschaft als symbolische Matrix der Identitätskonstruktion und Abgrenzung von Parteien fungiert. Das Links-Rechts-Schema reduziert diese politische Landschaft auf eine einzige Dimension und leistet damit eine wichtige Übersetzung politischer Positionen in die Logik des politischen Systems mit dem Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Bei dieser Reduktion werden aber auch wichtige inhaltliche Unterschiede ausgeblendet.

Keywords: Links, Rechts, Parteiensystem, Links-Rechts-Schema, Netzwerktheorie left, right, party system, cultural theory, network theory

Einleitung

Das Links-Rechts-Schema steht unter Druck. Die wenigsten politischen Akteure verorten sich selbst inzwischen als eindeutig links oder rechts. Meist spricht man in der politischen Rhetorik von der Mitte – linke Mitte, rechte Mitte oder einfach Mitte. Oder man propagiert dritte Wege, die jenseits der etablierten Zuweisungen lägen. „Wir haben jenseits des eindimensionalen Rechts-Links-Schemas zu einer eigenständigen politischen und gesellschaftlichen Perspektive zusammengefunden“, hieß es im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der deutschen Grünen (Grundsatzprogrammkommission 2001, 9). Ähnlich hatten zuvor schon Anthony Giddens, Tony Blair und Gerhard Schröder, aber auch Jörg Haider und der französische Rechtspopulist Jean-Marie Le Pen eine Position jenseits von links und rechts proklamiert. Gibt es dann so etwas wie eine mehrdimensionale politische Landschaft? Kann

es überhaupt Positionen geben, die nicht im eindimensionalen Links-Rechts-Schema unterzubringen sind? Diese Fragen sind Gegenstand des folgenden Essays.

Zunächst werde ich dafür verschiedene Sichtweisen auf das Links-Rechts-Schema diskutieren. Im zweiten Teil geht es um komplexere Modelle der politischen Landschaft: die dreipolige Unterscheidung der Cultural Theory von Hierarchikern, Egalitariern und Individualisten und das zweidimensionale Modell von Herbert Kitschelt. Der dritte abschließende Teil versucht schließlich die Argumente zusammen zu ziehen und in Ansätzen eine Theorie über das Zusammenwirken von symbolischer politischer Landschaft und der Operationsweise des politischen Systems zu entwerfen. Die dem Beitrag zugrunde liegende Perspektive zieht Motive aus der Systemtheorie von Niklas Luhmann und der phänomenologischen Netzwerktheorie zusammen. Im Sinne des operativen Konstruktivismus geht es zum einen um die

Dekonstruktion von Selbstbeschreibungsformeln wie „links“ und „rechts“, zum anderen aber auch um deren Rekonstruktion: Warum verorten sich soziale Akteure mit Hilfe solcher Metaphern? Auch wenn „links“ und „rechts“ und eine auf diesen und anderen Dimensionen aufbauende politische Landschaft konstruiert sind, so sind sie doch soziale Realitäten, an denen sich Akteure orientieren.

1. Links und rechts

Wohl kaum ein anderes Begriffspaar okkupiert so sehr die politische Kommunikation wie die Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“. Diese Unterscheidung ist zunächst unberührt von inhaltlichen Fragen. Und damit erlaubt sie die abstrakte Verortung von politischen Positionen auf einer ebenso anschaulichen wie nichtssagenden Skala. Unter links und rechts kann sich jeder etwas vorstellen. Und damit ist es auch leicht, Abstufungen vorzunehmen. Die linke Mitte steht – in der Verbildlichung deutlich sichtbar – etwas rechts von der extremen Linken, aber doch deutlich weiter links als die Rechte.

Mit dieser Skala erlaubt das Links-Rechts-Schema die Reduktion politischer Positionen auf eine einzige Dimension. Diese ist zugleich inhaltlich unbestimmt und höchst verbreitet. Man kann wegen dieser Verbreitung davon ausgehen, dass das Links-Rechts-Schema eine Funktion für das politische System erfüllt. Ganz allgemein – diese Ansicht setzt sich in der Literatur durch – ist das Schema ein „Hilfsmittel der Orientierung“ für politische Akteure wie Parteien und Verbände, aber auch für das Publikum der Politik (Murphy et al. 1981, 399f). Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs haben das Links-Rechts-Schema in Anlehnung an Niklas Luhmann als einen Code bezeichnet (1990). Dieser diene gerade in seiner symbolischen Generalisierung, seiner Limitation und seiner binären Schematisierung als Medium in politischer Kommunikation. Die Autoren beziehen sich dabei auf einen frühen Text von Luhmann, in dem er den Gegensatz zwischen konservativ und progressiv als politischen Code vorschlägt.

Dabei formuliert Luhmann, „die Unterscheidung zwischen progressiven und konservativen Einstellungen“ wäre „der wohl verbreitetste Ansatz zu politischer Dichotomisierung“ (1974, 273f). Das ist angesichts der rhetorischen Dominanz des Links-rechts-Schemas zu bezweifeln. Und Klingemann und Fuchs liefern auch überzeugende empirische Beweise für eine umfassende Verbreitung des Links-Rechts-Schemas in der Bundesrepublik und in den Niederlanden.

Ein Code im Sinne der Systemtheorie ist das Links-Rechts-Schema allerdings nicht – und meines Erachtens genau so wenig wie die Unterscheidung zwischen progressiv und konservativ. Nach Luhmann liegt die herausragende Eigenschaft eines Codes darin, dass er im jeweiligen System Kommunikation variiert und auf beiden Seiten anschlussfähig hält (1997, 359–367). Ein Code ist dafür zweiwertig aufgebaut (binarisiert) und erlaubt keine Positionen zwischen den beiden Werten oder außerhalb dieser Binarisierung: Die Wirtschaft prozessiert nur Zahlungen und Nicht-Zahlungen, keine anderen Operationen, aber auch nichts dazwischen. Dabei kann auf eine Zahlung wie auf eine Nicht-Zahlung sowohl eine Zahlung als auch eine Nicht-Zahlung folgen. Ähnlich im Rechtssystem: Ein Gericht muss klar zwischen Recht und Unrecht entscheiden. Auch hier gibt es kein dazwischen und keine dritten Werte. Und die Anschlussfähigkeit ist auf beiden Seiten gegeben, ohne dass die weitere Kommunikation schon festgelegt wäre: Jedes Unrecht muss wieder rechtmäßig bearbeitet werden. Und jede Rechtsentscheidung kann in der nächsten Instanz als Unrecht beobachtet werden. Dabei dient die eine Seite als zu erreichender Präferenzwert (Zahlung, Recht), und die andere Seite als Reflexionswert (Nicht-Zahlung, Unrecht). Der Reflexionswert stimuliert dabei weitere Kommunikation, um wieder auf die Seite des Präferenzwertes zu gelangen.

Das Links-Rechts-Schema besitzt drei entscheidende Eigenschaften eines Codes nicht. Erstens erlaubt es Zwischentöne. Man kann sich als Mitte bezeichnen. Man kann sogar seine Gültigkeit ablehnen (wie die Grünen), und trotzdem läuft Politik weiter. Zwar hat Norberto

Bobbio recht: Auch wer eine Position in der Mitte oder jenseits des Links-Rechts-Dualismus reklamiert, denkt immer noch in der Logik des Links-Rechts-Schemas (Bobbio 1994, 7–9). Aber die politische Kommunikation prozessiert dann nicht innerhalb eines solchen binären Codes, sondern umspielt den Gegensatz nur und nutzt ihn als losen Orientierungspunkt.

Zweitens weist das Links-Rechts-Schema keine seiner zwei Seiten als Präferenzwert oder Reflexionswert aus. Möglich, dass innerhalb der Linken Linkssein eine Tugend ist. Genau so gilt „Links“ aber bei bürgerlichen Kräften als Schimpfwort. Wenn überhaupt eine Präferenz zu beobachten ist, so ist es derzeit wohl die nach der Mitte oder nach dritten Wegen mit Positionen jenseits des Links-Rechts-Schemas. Auch die Begründung Luhmanns dafür, dass progressiv der Präferenzwert des politischen Codes sei (was eher links wäre) und konservativ der Reflexionswert, überzeugt nicht (1974, 280).

Drittens fehlt es dem Links-Rechts-Schema an den flexiblen Anschlussmöglichkeiten, die Codes aufweisen. Auf eine Zahlung kann sowohl eine Zahlung als auch eine Nicht-Zahlung folgen – und damit erlaubt dieser Code eine enorme Flexibilität des Wirtschaftssystems im Umgang mit Informationen. Links und rechts legen demgegenüber als politische Verortungen viel zu sehr fest. Man kann nicht einfach die Seiten wechseln (im Sinne eines „crossing“ bei Luhmann).

Die meisten dieser Probleme gelten sowohl für das Links-Rechts-Schema, als auch für die Unterscheidung zwischen progressiv und konservativ, die Luhmann favorisiert hatte. Vielleicht auch deshalb hat sich Luhmann später umentschieden. Seit den Achtzigern bezeichnet er den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition als den Code des politischen Systems (1986; 1989). Dabei bezeichnete er zunächst noch progressiv-konservativ als Zweitcode (1986b, 20). Die Unterscheidung zwischen Regierung und Opposition liegt auf einer deutlich anderen Ebene: Konservativ und progressiv, links und rechts sind Ortsbestimmungen der politischen Landschaft. Sie sind damit auf einer Beobachtungsebene angesiedelt. Regierung und Opposition hingegen liegen viel näher bei

der Logik des Formulierens politischer Entscheidungen. Sie sind – wie alle Codes von Funktionssystemen – auf der operativen Ebene zu finden. Beide Ebenen sind nicht direkt an einander gekoppelt. So konnten in Deutschland 1998 Opposition und Regierung die Plätze tauschen, ohne dass dabei auch konservativ und progressiv, links und rechts ihre Bedeutungen getauscht hätten.

Aber auch auf der rein symbolischen Ebene ist der Aussagegehalt des Links-Rechts-Schemas begrenzt. Gerade wegen seiner Anschaulichkeit und in seiner Allgegenwärtigkeit ersetzt das Links-Rechts-Schema meist die Frage, was dahinter steht. In Konflikten genügt es oft auszumachen, welche Position rechts und welche links steht. Luhmann formulierte in diesem Sinne: „Was bleibt, ist das links/rechts-Schema, das es erlaubt bei wechselnden Themen politische Konflikte zu inszenieren und dabei eine gewisse Linientreue zu bewahren“ (2000, 95). Luhmann bemerkt in diesem Zusammenhang auch, „daß das links/rechts-Schema mitsamt seinen Erinnerungen an die französische Revolution oder die sozialistischen Ambitionen *ein rein politisches Schema* ist ohne genaue Korrelate in der gesellschaftlichen Umwelt“ (Hervorhebung im Original). Es handelt sich mithin um ein Mittel des politischen Systems, seine Umwelt nach eigener Maßgabe zu betrachten und dabei intern Varietät zu erzeugen und Komplexität zu reduzieren – wenn es auch kein Code ist.

Nach Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (1990) stellt das Links-Rechts-Schema eine Metakategorie dar. Das heißt, alle Differenzen in politischen Einstellungen, Sachfragen, Werten und Parteipräferenzen werden an der Links-Rechts-Dimension gemessen und ausgerichtet. Damit einher geht die Feststellung, dass das Links-Rechts-Schema keinen festgelegten Inhalt hat, sondern in der Geschichte erheblichem Wandel unterworfen ist – je nachdem, welche Unterscheidungen gerade die politische Landschaft dominieren und das Links-Rechts-Schema mit Inhalt füllen. So stand etwa in Westeuropa zu Beginn des 19. Jahrhunderts „links“ für die liberalen, republikanischen Kräfte. Seit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung

hingegen rückten liberale Kräfte im Schema nach rechts. Und auf der linken Seite standen nun sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Parteien. Damit erwies sich das Schema als enorm anpassungsfähig und in der Lage, immer neue Konfliktlinien zu repräsentieren – so lange sich diese einer eindimensionalen Reduktion fügen.

Der Ursprung des Schemas liegt in den Konflikten während und nach der französischen Revolution (Raschke 1998). Aus einer ursprünglich ungeordneten Sitzanordnung in der Nationalversammlung des Dritten Standes heraus entwickelte sich bei einigen wenigen inhaltlichen Auseinandersetzungen eine politische Ordnung. Schon im Sommer 1789 setzten sich die Abgeordneten in die Nähe ihrer Gesinnungsgenossen, sodass eher konservativ gesinnte Abgeordnete auf der rechten Seite des Parlaments saßen und eher Progressive auf der linken Seite. In der Folge tauchten Links und Rechts als Identifizierungen im politischen Sprachgebrauch auf. 1791 lassen sich dann interne Differenzierungen in extreme und gemäßigte Vertreter der jeweiligen Richtung ausmachen (Gauchet 1992). In den Ausführungen von Marcel Gauchet lassen sich vor allem zwei Funktionen dieser Ordnungsbildung ausmachen: Zunächst beschreibt Gauchet die Erleichterung der Abgeordneten darüber, Gleichgesinnte zu erkennen. Die Abgeordneten waren ursprünglich als Honoratioren ins Parlament gekommen und konnten mit Hilfe der Links-Rechts-Einordnung eine Identifikation des eigenen politischen Standpunktes vornehmen. Und diese Identifikation lässt sich dann auch von außen beobachten – von anderen Abgeordneten, aber auch von politischen Journalen und von Wählern. In dieser Identifikationsmöglichkeit liegt die erste Funktion des Links-Rechts-Schemas. Es erlaubt eine immense Reduktion von Komplexität, indem Politik allein auf ein Kontinuum zwischen zwei Extremwerten reduziert wird. Auf diesem Kontinuum sind Positionen eindeutig auszumachen – gerade auch in ihrem Verhältnis zu einander.

Eine solche Komplexitätsreduktion wäre prinzipiell ebenfalls mit einer komplexeren Konstruktion der politischen Landschaft mög-

lich, etwa mit einer Konstruktion von drei Idealtypen oder in einer zweidimensionalen Ebene (solche Möglichkeiten sind Gegenstand des zweiten Abschnitts). Allerdings legt die zweite Funktion des Links-Rechts-Schemas eine Reduktion auf zwei Extremwerte nahe: Bei Gauchet finden sich Hinweise darauf, dass sich das Links-Rechts-Schema schon während der französischen Revolution mit einer Zuordnung von Mehrheit und Minderheit, nach 1815 auch mit der Gegenüberstellung von Regierung und Opposition verband. Da die Demokratie von Mehrheitsentscheidungen lebt, scheint sie von ihrer operativen Konstruktion eine Tendenz zur Dichotomisierung der politischen Landschaft inne zu haben. Maurice Duverger nannte dies den „natürlichen politischen Dualismus“ (1951, 303–305).

Schon die Operativität des politischen Systems mit seinem Leitcode „Regierung/Opposition“ fördert mithin eine eindimensionale Reduktion der politischen Landschaft. An dieser Stelle kommt es zu einer Kopplung zwischen den oben angesprochenen zwei Ebenen: der operativen Ebene des politischen Systems und der davor liegenden Ebene einer symbolischen Repräsentation des politischen Systems. Die Identitäten der politischen Akteure (Parteien, Strömungen, zum Teil auch Verbände) müssen in die Leitunterscheidung von Regierung und Opposition eingeordnet werden. Und dadurch kommt es fast natürlich zu einer Reduktion der symbolischen Repräsentation auf eine Skala mit zwei Extremwerten. Dass dabei nicht alle Unterschiede zwischen politischen Positionen angemessen dargestellt werden können, ist klar. Mit der Reduktion auf die Links-Rechts-Orientierung geht viel Information verloren. Aber erst diese Komplexitätsreduktion erlaubt die Identifikation von Identitäten im politischen Raum – in Differenz zu anderen Identitäten.

Das Links-Rechts-Schema ist nach alledem eine moderne Form der symbolischen Ordnungsbildung. Sie entsteht – darauf deutet Gauchets Analyse, nachdem die hierarchische Ordnung der Politik in feudal organisierten Monarchien zusammen bricht. Die ersten Gehversuche der demokratischen Selbstorganisation zeigen noch viel Verwirrung. Das Links-Rechts-

Schema übernimmt in der Folge die symbolische Bestimmung des Gegensatzes zwischen Regierung und Opposition. In seiner extremen Reduktion der politischen Positionen in eine Dimension erleichtert es dem Publikum den Blick auf das politische System – und nicht zuletzt auch die Wahlentscheidung. Das Links-Rechts-Schema entsteht als emergentes Phänomen im politischen System. „Darunter“ liegende vor- oder apolitische Prozesse spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Wie Luhmann schreibt: Das Links-Rechts-Schema besitzt kein Korrelat in der gesellschaftlichen Umwelt (s.o.). Es ist allein der Operationsweise politischer Kommunikation geschuldet.

2. Politische Landschaft

Wofür steht heute das Links-Rechts-Schema? Und kann es die politischen Landschaften der Gegenwart angemessen repräsentieren? Oder besser gefragt: Welche Differenzen kann man mit der Unterscheidung zwischen Links und Rechts nicht sehen? Am Ende des 20. Jahrhunderts wurde einerseits das Links-Rechts-Schema für tot erklärt. Auf der anderen Seite wurden dritte Wege und andere Positionen jenseits des Links-Rechts-Schemas propagiert. Diese Tendenzen sprechen dafür, dass die politische Landschaft komplexer strukturiert ist, dass sie sich nicht von vorne herein einer eindimensionalen Reduktion fügt. Erleben wir damit heute den Abschied von links und rechts? Oder gibt es weiterhin einen validen Kern der Unterscheidung? Im Folgenden werden verschiedene Modelle der Rekonstruktion politischer Landschaften in westlichen Demokratien vorgestellt, beginnend mit dem Links-Rechts-Schema über die Dreiertypologie der Cultural Theory bis hin zu komplexeren zweidimensionalen Modellen. Als Fallbeispiele werden die italienische Erste Republik und das gegenwärtige Parteiensystem Deutschlands herangezogen. „Politische Landschaft“ wird hier verstanden als eine symbolische Matrix wechselseitiger Beobachtung mit Beziehungen der Anlehnung und der Abgrenzung zwischen den Parteien. Die theoretischen Grundlagen dieser

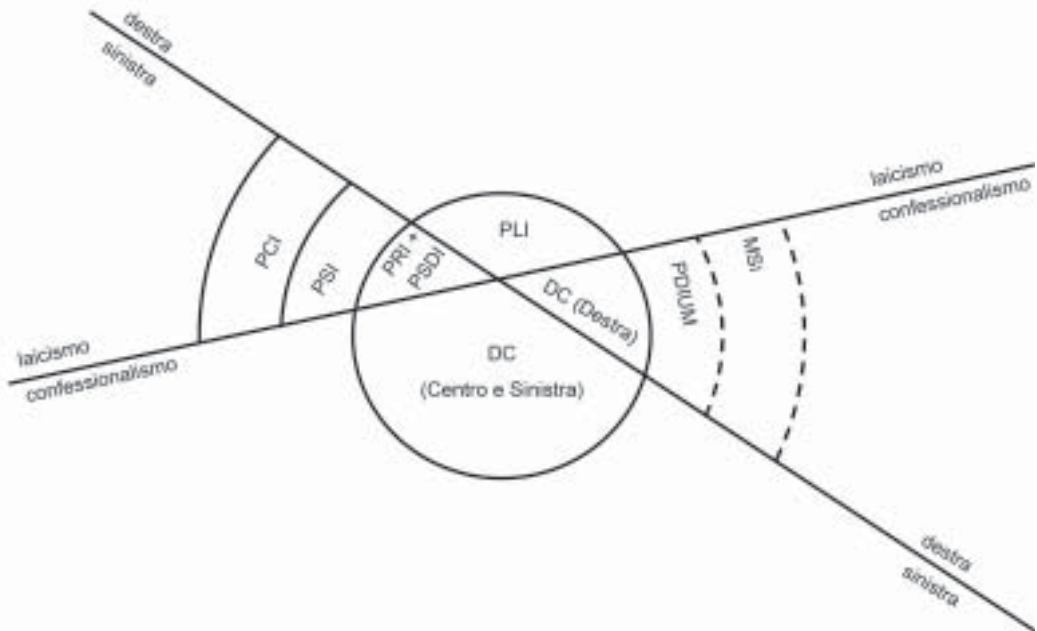
Sichtweise werden im letzten Abschnitt genauer ausformuliert.

Die prominenteste inhaltliche Bestimmung des Links-Rechts-Schemas stammt von Norberto Bobbio (1994). Ihm zufolge steht „Links“ für die Überzeugung, dass Menschen grundsätzlich gleich sind und Strukturen sozialer Ungleichheit mit guten Gründen legitimiert werden müssen. „Rechts“ hingegen sei die umgekehrte Auffassung, dass Menschen grundsätzlich ungleich sind. Hier stehen Versuche struktureller „Gleichmacherei“ – wie etwa im Wohlfahrtsstaat – unter Legitimationsdruck. Andere populäre Vorschläge für eine ontisch-inhaltliche Definition des Links-Rechts-Schemas sind die Unterscheidungen zwischen progressiv und konservativ, zwischen Kollektivismus und Individualismus, zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Hiervon erscheint jedoch der Vorschlag von Norberto Bobbio am überzeugendsten – vor allem, weil er die historische Variabilität des Schemas unter einem sehr abstrakten Leitgesichtspunkt interpretiert. Auch deswegen ist diese Fassung von anderen Autoren übernommen worden (Giddens 1994, 251).

Allerdings hätte Bobbio leicht in seinem eigenen Land sehen können, dass es sehr unterschiedliche Vorstellungen der Ungleichheit von Menschen gibt. In Italien war bis 1994 die Rechte in die laizistischen Liberalen und die traditionell hierarchisch und katholisch geprägten Neofaschisten und Monarchisten gespalten. In Umfragen wurden beide als rechts im politischen Spektrum verortet. Aber offenbar waren beide auf sehr unterschiedliche Weise rechts. Giovanni Sartori versuchte diesem Umstand Rechnung zu tragen, indem er das Parteienspektrum Italiens zweidimensional darzustellen versuchte – mit den Dimensionen links-rechts und konfessionell-laizistisch (Abb. 1).

Wenn aber das Links-Rechts-Schema nach Klingemann und Fuchs eine Metakategorisierung vornimmt – wie kann dann eine politisch-weltanschauliche Dimension quer zum Links-Rechts-Schema stehen? Im Sinne von Klingemann und Fuchs müsste auch die Frage der Religiosität bzw. des Laizismus bereits in die Unterscheidung zwischen links und rechts eingehen. Dies geschah auch in Italien. Wie man

Abbildung 1: Das Parteiensystem der Ersten Italienischen Republik (1946-1994) nach Giovanni Sartori



Sartori 1982, 22

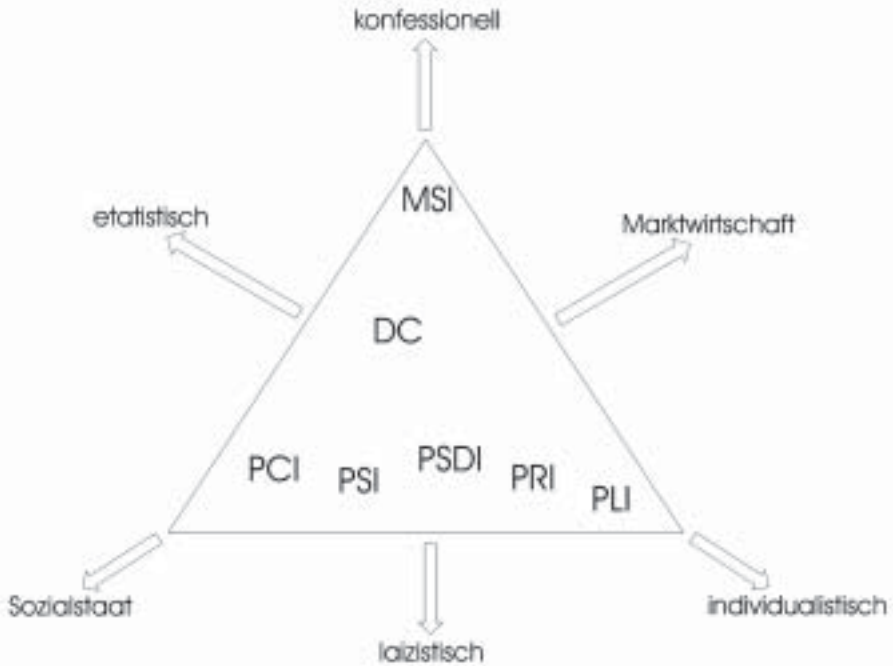
in der Darstellung von Sartori ablesen kann, sind religiöse Parteien tendenziell rechts und laizistische Parteien tendenziell links verortet. Ausnahmen bilden lediglich die linke Strömung in der DC und die streng laizistische und antikomunistische liberale Partei (PLI). Hier sind anscheinend andere politisch-weltanschauliche Faktoren stärker als die Position in der religiösen Frage.

Da in das Links-Rechts-Schema alle politischen Fragen eingehen, darf sie schon rein methodisch nicht eine Dimension in einer mehrdimensionalen Darstellung der politischen Landschaft darstellen. Denn keine andere Dimension könnte unabhängig von der Globalisierung von links und rechts sein. Einen solchen Fehler macht auch Oddbjørn Knutsen, der das Links-Rechts-Schema hinsichtlich seiner Erklärungskraft für Partei-Präferenzen mit anderen Dimensionen wie Religiosität, Materialismus/Postmaterialismus und Stadt-Land vergleicht (1988). Wenig verwunderlich ist denn auch sein Ergebnis: Die Unterscheidung zwischen links und rechts sei weiterhin die wichtigste politische „Konflikt-

linie“ in westeuropäischen Ländern. Denn in das Links-Rechts-Schema gehen ja als Meta-Unterscheidung alle anderen Konfliktlinien mit ein – wie könnte da eine andere Dimension allein eine höhere Erklärungskraft haben? Besser versteht man deshalb politische Landschaften, wenn man die politischen Parteien alleine aufgrund ihrer Positionen zu politischen Fragen verortet, anstatt die Links-Rechts-Einordnung zu benutzen. Dies geschieht etwa in Abbildung 2 – einem alternativen Schema zur Rekonstruktion der italienischen Parteienlandschaft bis 1994.

Dieses Schema beruht auf drei Achsen. Die erste verläuft von oben nach unten und differenziert die konfessionellen Parteien MSI (Neofaschisten) und die DC (Christdemokraten) von den Laizistischen. Eine zweite verläuft von rechts unten nach links oben und unterscheidet Parteien, die auf das Individuum vertrauen – v.a. Liberale (PLI) und Republikaner (PRI) – von Parteien, die für eine starke Rolle des Staates in der Gesellschaft eintreten wie die Kommunisten (PCI), der MSI und die DC. Die Positionen auf der dritten Achse bestimmen sich durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen

Abbildung 2: Alternatives Modell des italienischen Parteiensystems 1946-1994



der Parteien. Links unten stehen die Kommunisten und die Sozialisten (PSI), die für sozialstaatliche Leistungen und Verstaatlichung von Betrieben stehen. Auf der gegenüberliegenden Seite stehen PLI und MSI, die beide gegen den Wohlfahrtsstaat und für freie Marktwirtschaft sprechen. Diese dritte Achse entspricht weitgehend der konventionellen Einordnung der Parteien in links und rechts. Da die drei Achsen des Modells in nur zwei Dimensionen liegen, sind sie nicht inhaltlich unabhängig voneinander. So treten individualistische Parteien auch für eine Trennung von Politik und Religion und für die freie Marktwirtschaft ein. Und starke Befürworter des Sozialstaats sind tendenziell für einen starken Staat und laizistisch.

An diesem Schema kann man – in Verbindung mit den in Befragungen erhobenen Einstufungen der Parteien nach links und rechts – ablesen, dass das Links-Rechts-Schema im Italien während des Kalten Krieges vor allem der Position der Parteien zur Frage des Wohlfahrtsstaates und staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft folgt – entlang der dritten Achse zwischen Sozialstaat und Marktwirtschaft. Damit verbunden

ist etwa die Frage der außenpolitischen Orientierung an den beiden Weltmächten USA und UdSSR. Dies spricht dafür, dass – zumindest während des Kalten Krieges – vor allem die Einstellungen zur Klassenfrage, zu Sozialismus und Marktwirtschaft das Links-Rechts-Schema mit Inhalt gefüllt haben (Della Porta 2001, 51). Die Auseinandersetzung zwischen an Tradition, Ordnung und Hierarchie orientierten Kräften wie den Neofaschisten (MSI) und solchen, die vor allem auf die Freiheit des Individuums (auch vor dem Staat) pochen (Liberalen – PLI), wurde damit an den (rechten) Rand gedrängt. Dadurch wurden in Italien die Liberalen, die Christdemokraten und die Neofaschisten als ähnlich rechts eingeordnet – obwohl sie etwa in der Frage der Religion in der Politik und des Verhältnisses zwischen Staat und Individuum vollkommen unterschiedliche Auffassungen hatten. Im 19. Jahrhundert noch hätten die Liberalen als links und fortschrittlich gegolten. Ein ähnlicher Fall ist Großbritannien, wo die Labour-Partei zu Beginn des 20. Jahrhunderts die liberalen Whigs als Hauptgegenspieler der Konservativen ablöste.

Sowohl in Großbritannien als auch in Italien war (bzw. ist) die politische Landschaft also eher an drei als an zwei Extremwerten orientiert. Damit deckt sich die Typisierung von Egalitariern, Hierarchikern und Individualisten in der Cultural Theory von Mary Douglas und Aaron Wildavsky (Douglas 1986; Thompson/Ellis/Wildavsky 1990). Die Egalitarier stehen dabei für die Betonung der Gleichheit von Menschen und die Ablehnung von Unterschieden in Einkommen und Status. Die Individualisten betonen hingegen die Chancengleichheit und die Freiheit des Individuums. Und die Hierarchiker stehen für eine Orientierung an Ordnung und Tradition in Hierarchien. Neben diesen drei aktiven politischen „*modes of life*“ existieren der Cultural Theory zufolge noch Fatalisten und Eremiten, die aber beide in der politischen Öffentlichkeit keine aktive Rolle spielen – die Fatalisten nicht, weil sie meinen, dass Politik sowieso keinen Unterschied in ihrem Leben machen könnte; und die Eremiten nicht, weil sie ständig alle Positionen nur hinterfragen, aber nie eine eigene vertreten. Dieser Analyse zufolge wäre jede der drei Ecken im obigen Schema (Abb. 2) von einer der drei aktiven „*modes of life*“ ausgefüllt: Die Christdemokraten (DC) und die Neofaschisten (MSI) vertreten vor allem hierarchische Werte. Die Liberalen (PLI) und die Republikaner (PRI) stehen für Individualismus. Und die Kommunisten (PCI) und die

Sozialisten (PSI) sind eindeutig Egalitarier. Das oben dargestellte italienische Parteiensystem ließe sich damit verstehen als ein Ergebnis des Wechselspiels von Individualisten, Hierarchikern und Egalitariern, in dem die Parteien Kristallisationspunkte von spezifischen Kombinationen wären (Abbildung 3).

Den Arbeiten der Cultural Theory zufolge ist die Politik von wechselnden Allianzen zwischen Egalitariern, Hierarchikern und Individualisten geprägt. So verbündeten sich in den USA nach der Unabhängigkeitserklärung die Individualisten mit den schwächeren Egalitariern gegen die Hierarchiker. Die heutige Politik sei hingegen durch den Gegensatz von Individualisten und Egalitariern bestimmt, mit den schwächeren Hierarchikern an der Seite der Individualisten (Wildavsky 1991). In Großbritannien und Italien steht eher das Gegeneinander zwischen Hierarchikern und Egalitariern im Vordergrund – die Individualisten stellen hier schwächere Parteien, die wenig Einfluss auf die Politik haben. In Verbindung mit der Frage des Links-Rechts-Schemas müsste man diagnostizieren, dass heute Individualisten und Hierarchiker meist gleichermaßen als rechts eingestuft werden – im Gegensatz allein zu den linken Egalitariern.

Es gibt also verschiedene Arten, rechts zu sein und (im Sinne von Bobbio) die Ungleichheit von Menschen zu betonen: Die Hierarchiker bauen auf die ordnungsbildende Kraft von traditionell geprägten Statusunterschieden. Die Individualisten hingegen fordern die Abwesenheit von vorgängigen Ordnungen und die Chancengleichheit von Menschen, damit diese dann für ihre Fähigkeiten und ihre Anstrengungen mit Statusunterschieden belohnt werden. Dieser Unterschied zwischen Hierarchikern und Individualisten bleibt im heute dominierenden Links-Rechts-Gegensatz außen vor. Die unzureichende Repräsentativität des Links-Rechts-Schemas bereitet dann vor allem den kleineren Partnern in den Allianzen Schwierigkeiten: Sie haben alleine die Chance, sich in ihrer Politik einer der dominierenden Gruppen anzuschließen, um so Mehrheiten zu erreichen. Diese Juniorpartner in Koalitionen (die nicht unbedingt als Koalitionen von Parteien geformt wer-

Abbildung 3:
Politik als Wechselspiel von Individualisten,
Hierarchikern und Egalitariern



den) können dann jedoch kaum die Eigenständigkeit ihrer Position deutlich machen. Dies gilt für die Egalitarier im 19. Jahrhundert, im heutigen Großbritannien und Italien für die Individualisten und in den USA für die Hierarchiker.

So viel an Erkenntnisgewinn die Dreier-typologie der Cultural Theory auch zulässt – sie hat auch ihre Schwächen. Hier wird die Vielfalt politischer Positionen auf drei (bzw. fünf) Typen reduziert. Thompson, Ellis und Wildavsky vermuten, dass allein diese Typen logisch-weltanschaulich möglich sind – alleine sie entwickeln ein konsistentes Weltbild. Deswegen sei eine Clusterbildung um die fünf Typen Individualisten, Hierarchiker, Egalitarier, Fatalisten und Eremiten zu erwarten (1990, 13) – wobei ja nur die ersten drei eine aktive Rolle in der politischen Meinungsbildung übernehmen. Doch wo finden sich in dieser Typologie die Neuen Sozialen Bewegungen und die seit 1980 in vielen Ländern gebildeten Grünen Parteien? Aaron Wildavsky subsumiert diese Phänomene unter dem Stichwort „Radical Egalitarianism“. Dabei vermutet er, dass Engagement für ökologische und emanzipatorische Belange einen Protest gegen die Logiken von Hierarchien und Märkten darstellen (Wildavsky 1991, 22, 74–94). Dadurch seien sie logisch mit einem Einsatz für mehr soziale Gleichheit verbunden. Grüne politische Kräfte müssten demnach immer auch für den Wohlfahrtsstaat und andere Themen der Arbeiterbewegung eintreten.

Zwar werden Grüne Parteien und die Neuen Sozialen Bewegungen meist als links eingeordnet – auch die Mitglieder und Unterstützer ordnen sich selbst als links ein. Aber hier zeigt sich, dass es auch unterschiedliche Arten der Betonung von Gleichheit der Menschen und damit des Linksseins gibt. Die traditionelle Arbeiterbewegung formulierte meist Forderungen nach mehr materieller Gleichheit – in Form von Lohnanhebungen für die sozial Schwächeren und von sozialer Sicherung. Das emanzipatorische Engagement der Frauenbewegung, der Bürgerrechtsbewegung und der Grünen Parteien zielt jedoch auf Gleichheit von Chancen und auf die Anerkennung kultureller Unterschiede und verschiedener Lebensweisen. Damit sind sie den

Individualisten der Cultural Theory näher als den Egalitariern. Und die Ökologiebewegung hat durchaus ein eigenständiges Ziel, das sich nicht logisch auf Gleichheit der Menschen reduzieren lässt. Hier steht der Protest gegen die Blindheit der individualistischen Märkte und der staatlichen Hierarchien gegenüber Nebenfolgen in ihrer Umwelt im Vordergrund. Daraus resultiert aber nicht zwingend die Forderung nach materieller Gleichheit oder Angleichung.

Vielfach haben Beobachter, die mit dem Links-Rechts-Schema arbeiten, deswegen zwischen zwei „linken“ Positionen unterschieden: Die „alte“ Linke wäre demnach durch Betonung von ökonomischer Gleichheit und durch die Forderung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft charakterisiert. Hier wären etwa die Kommunisten und die Sozialisten in der Ersten italienischen Republik oder die Sozialdemokraten und die PDS in der Bundesrepublik einzuordnen. Die „neue“ Linke umfasse grüne und andere ökologische und libertäre Parteien und die Neuen Sozialen Bewegungen (Markovits/Gorski 1993). Diese Kräfte zeichnen sich durch eine prinzipielle Skepsis gegenüber Machtstrukturen und staatlichen Eingriffen aus, durch die Betonung von Toleranz gegenüber kulturellen Unterschieden und durch die Forderungen nach Chancengleichheit (etwa der Geschlechter) und einer ökologischen Ausrichtung von Politik.

Detlef Murphy und seine Mitautoren haben deswegen vermutet, dass sich die „linke Position“ im politischen Kräftefeld verschiebt – weg vom traditionellen Kampf der Arbeiterbewegung hin zu einer fortschrittskritischen, emanzipatorischen, ökologischen Position mit Betonung sozio-kultureller Unterschiede, wie sie von den Neuen Sozialen Bewegungen und den grünen Parteien vertreten wird (1981, 405f). Hinter einer solchen These steckt die Annahme, dass es tatsächlich nur eine linke und eine rechte Position im „politischen Kräftefeld“ gibt. Diese beiden Positionen könnten neu definiert werden (etwa durch eine „Neue Linke“ und eine „Neue Rechte“) – aber nicht aufgefächert in verschiedene „linke“ oder „rechte“ Positionen. Diese Annahme ist jedoch nicht haltbar. Genau so wenig, wie die Unterschiede zwischen der liberalen marktorientierten Rechten und der

konservativen staatsorientierten Rechten durch eine Synthese ersetzt worden sind, müssen traditionelle Linke und ökologisch-libertäre Linke in einer gemeinsamen Position aufgehen (es sei denn, ein Mehrheitswahlssystem erzwingt eine Reduktion auf zwei mehrheitsfähige Positionen, wie in den USA, Großbritannien oder der Zweiten Italienischen Republik seit 1994).

Damit bleibt festzustellen, dass das Aufkommen neuer ökologisch-libertärer Kräfte in der Politik nicht zu einer Neuformierung zweier politischer Lager führen muss. Vielmehr sorgen die neuen Themen und Akteure für eine gestiegene Komplexität der politischen Landschaft, die nun noch weniger als zuvor im eindimensionalen Links-Rechts-Schema einzufangen ist. Denn nun bestehen nicht nur mehrere „rechte“ weltanschauliche Richtungen, sondern auch mehrere „linke“. Die Dreier-Typologie der Cultural Theory ist demnach ein überholtes Schema, das zwar das alte Kräftefeld von egalitärer Arbeiterbewegung, hierarchisch orientierten Konservativen und marktorientierten Liberalen abbilden kann. Aber das Aufkommen einer neuen eigenständigen ökologisch-libertären Position kann mit ihr nicht erfasst werden. Für das Links-Rechts-Schema bedeutet diese Entwicklung aber nicht nur, dass seine Fähigkeit, die politische Landschaft abzubilden, schwindet. Daneben ist auch eine Neuausrichtung des Schemas an den neuen politischen Themen zu beobachten: „Links“ steht jetzt zunehmend nicht nur für die Themen der traditionellen Arbeiterbewegung, sondern auch für ökologische und emanzipatorische Belange – Post-Materialismus im Sinne Ronald Ingleharts (1997, 240–256, 318–320; Kitschelt/Hellemans 1990). Materialismus und traditionelle autoritäre Werte hingegen (Individualisten und Hierarchiker in den Begriffen der Cultural Theory) wären eher „rechts“ zu verorten.

Wenn damit weder das Links-Rechts-Schema, noch die Dreier-Typologie der Cultural Theory ausreichen, um die politische Landschaft angemessen wiederzugeben, regiert dann möglicherweise die totale politische Ungeordnetheit (und damit Unübersichtlichkeit und Beliebigkeit politischer Positionen)? Nach Lipset und Rokkan könnte der politische Raum

von vier grundsätzlich verschiedenen Cleavages durchzogen werden (1967). Dabei geht es um die Gegensätze zwischen Regionen, zwischen Ideologien, zwischen Interessen und zwischen Eliten. Diese vier Konfliktlinien könnten prinzipiell vier verschiedene Dimensionen aufspannen, in denen es allein sechzehn verschiedene Extrempositionen gäbe. Vermutlich bereitete die Unübersichtlichkeit eines solchen vierdimensionalen Raumes nicht nur der Darstellungsfähigkeit von PolitikwissenschaftlerInnen Probleme, sondern auch den nach Orientierung suchenden WählerInnen und politischen Akteuren selbst. Der Kommunikation fehlte es in einem solchen Arrangement an Engführung, an Komplexitätsreduktion. Politik würde damit zumindest erheblich erschwert.

Es spricht also einiges dafür, dass politische Positionen zwar nicht völlig ungeordnet vorkommen, aber derzeit auch nicht einfach entlang des eindimensionalen Links-Rechts-Schemas oder der Dreiertypologie der Cultural Theory differenziert sind. Ein komplexeres Bild ließe sich etwa in einem zweidimensionalen Schema einfangen. PolitikwissenschaftlerInnen arbeiten seit längerem mit solchen Schemata, da vor allem die Neuen Sozialen Bewegungen und die daraus hervorgegangenen Grünen Parteien dem Parteienwettbewerb eine neue Komponente gegeben haben (Wessels 1991). So gingen etwa Wilhelm Bürklin, Claus Offe und Herbert Kitschelt von einer Ansiedlung der Grünen auf einer zweiten Dimension aus (Bürklin 1981; Offe 1985; Kitschelt 1988). Aber auch die eingangs zitierte Selbsteinschätzung der Grünen postuliert eine neue Konfliktdimension. Nach Kitschelt sind die beiden Achsen der neuen Parteienkonkurrenz auf der einen Seite im etablierten Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Verteilungsgerechtigkeit und freiem Markt zu finden. Auf der anderen Seite kontrastieren konservativ-autoritäre Einstellungen (Hierarchismus im Modell der Cultural Theory) mit libertären Werten wie Umweltschutz, Menschenrechte und Emanzipation (Abb. 4).

Gegenüber der Typologie der Cultural Theory differenziert dieses Modell zwischen libertären Positionen und den Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit. Außerdem wird hier

nicht von Clustern, sondern von Dimensionen ausgegangen. Auch das oben vorgestellte dreiachsige Modell der Parteienlandschaft der Ersten italienischen Republik ist zweidimensional aufgebaut und insofern mit Kitschelts Modell kompatibel. Für den Fall Deutschland hat Richard Stöss in einer empirischen Untersuchung der Bundestagswahl von 1994 das Modell von Kitschelt operationalisiert und getestet. Abbildung 5 stellt das Ergebnis seiner Untersuchung dar. Hier lässt sich leicht sehen, dass sich die Parteienkonkurrenz in Deutschland keinem eindimensionalen Schema fügt. Bei einer Reduktion auf die Links-Rechts-Unterscheidung gehen etwa wichtige Unterschiede zwischen SPD und Grünen, zwischen FDP und CDU/CSU verloren. Zugleich wird deutlich, dass sich mit dem Aufkommen neuer Wertorientierungen die Parteienkonkurrenz verschoben hat.¹ Auch eine Cluster-Bildung findet Stöss empirisch nicht. Die Befragten sind tatsächlich recht gut normalverteilt um den mit „Alle“ markierten Punkt (Stöss 1997, 169).

An diesem Schema lässt sich auch ablesen, dass die deutschen Grünen mit ihrer reklamierten Position jenseits des etablierten Links-Rechts-Schemas nicht unrecht haben: Das Links-Rechts-Schema folgte früher alleine der Frage des Verhältnisses zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit. Diese spielt jedoch für die Position der Grünen kaum eine Rolle. Inzwischen sind libertäre und autoritäre Werte mit in die Bewertung als links oder rechts eingegangen (Della Porta 2001, 103, 190). Als Folge liegt die Links-Rechts-Dimension heute etwa entlang der im Schema abgebildeten Regressionsgeraden. So wie sich die Hauptgebiete der Parteienkonkurrenz verschoben haben (Abb. 4), so haben sich auch die Inhalte von links und rechts gewandelt. Aber auch von der neuen Links-Rechts-Dimension liegen die Grünen noch deutlich entfernt – sie fügen (wie auch in gewissem Sinne die Republikaner als „Neue Rechte“ zu Beginn der Neunziger) der Parteienkonkurrenz in Deutschland eine neue Dimension hinzu.

Abbildung 4: Modell der Parteienkonkurrenz in Europa nach Herbert Kitschelt

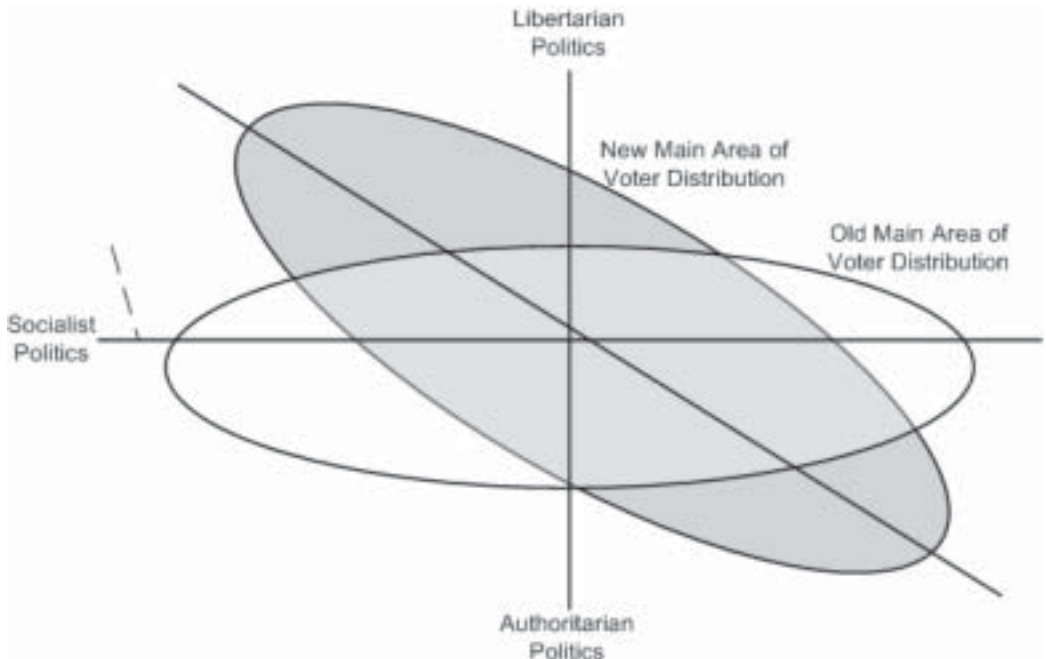
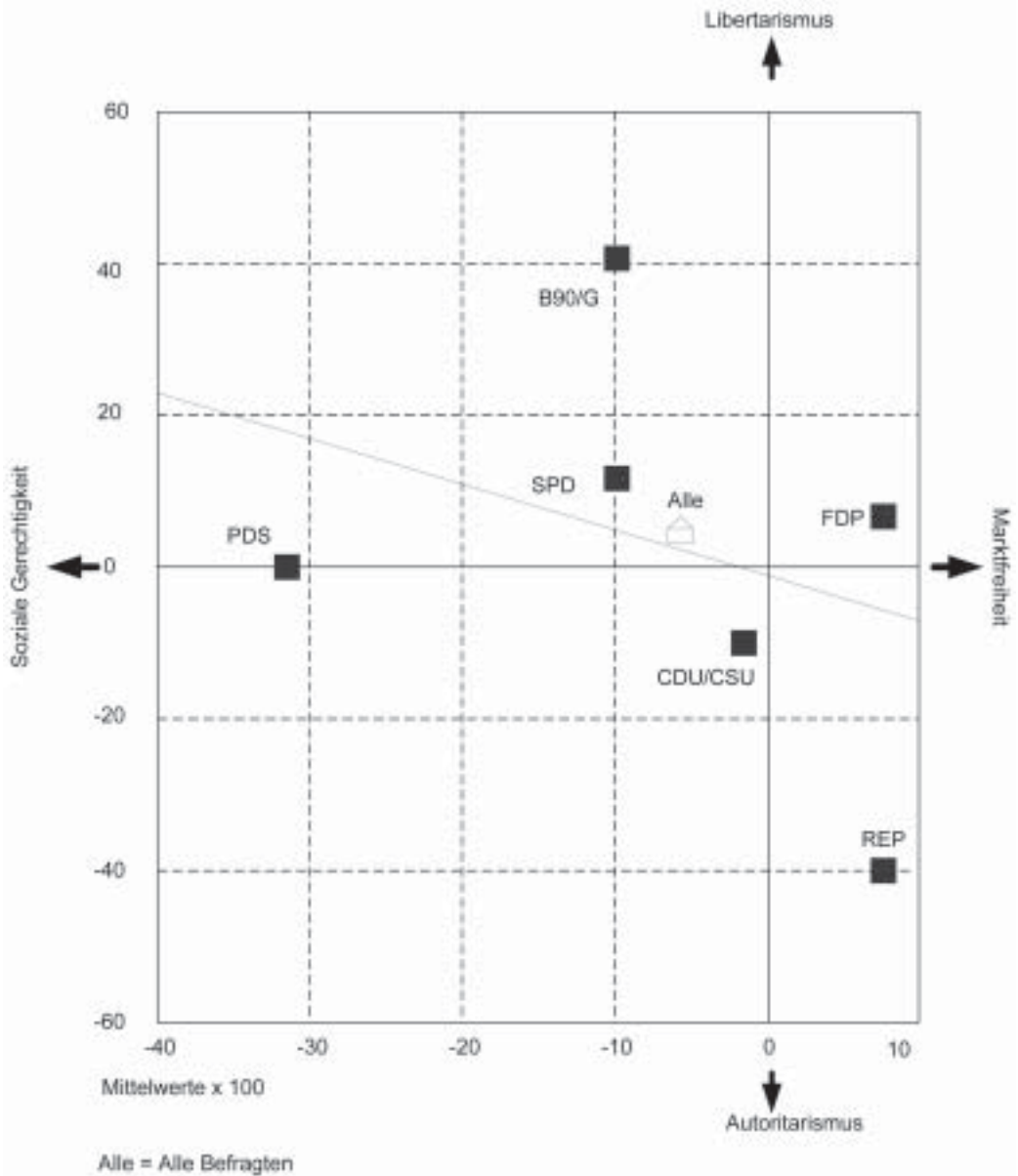


Abbildung 5: Die politische Landschaft in Deutschland 1994 nach Richard Stöss



3. Links, rechts, Regierung, Opposition und die politische Landschaft

Die Funktion der Politik in der modernen Gesellschaft liegt im Treffen und Durchsetzen von kollektiv bindenden Entscheidungen. Auf dem Weg dahin müssen aber Forderungen an die Politik gebündelt und zu einander in Beziehung gesetzt werden, Allianzen geformt und Antagonismen formuliert werden. Denn in der funktional differenzierten Gesellschaft ist vor jede Entscheidungsfindung eine symbolische Ebene geschaltet, auf der Inhalte den politischen Akteuren zugeordnet und die Akteure in ihren Affinitäten und Abgrenzungen verortet werden. Hier werden Konfliktpositionen formuliert und die nötigen Bündnisse für die politische Entscheidungsfindung geschmiedet.

Eine solche politisch-kulturelle Landschaft lässt sich gegenwärtig am ehesten zweidimensional denken. Das ist keine eherne Wahrheit, sondern lediglich der derzeitige Stand der Forschung. Auch kann sich diese Struktur über die Zeit hinweg radikal ändern. Dies geschah etwa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Auftauchen und Erstarken der Arbeiterbewegung und am Ende des 20. Jahrhunderts mit dem zunehmenden Gegensatz zwischen liberären und autoritären Werten. Da auf dieser Ebene aber bereits eine gewaltige Komplexität symbolisch geordnet werden muss, kann die politisch-kulturelle Landschaft weder allzu komplex noch völlig unstrukturiert sein. Es spricht also einiges dafür, dass politische Landschaften am ehesten ein- oder zweidimensional aufgebaut sind. Um die Rahmenbedingungen und die Ausprägung solcher politischer Landschaften besser zu verstehen, soll im Folgenden ein kurzer Blick auf die Prozesse der symbolischen Konstruktion von Parteienkonstellationen geworfen werden (a). Abschließend sollen vor diesem Hintergrund die eingangs formulierten Fragen beantwortet werden (b).

(a) Parteien sind als politische Akteure in ein soziales Feld mit spezifischen Rahmenbedingungen eingebettet.² In Mehrparteiensystemen steht gewissermaßen „über“ den Parteien die Logik des politischen Entscheidens mit dem Gegensatz zwischen Regierung und Op-

position und der Notwendigkeit, politische Mehrheiten zu organisieren. Auf der anderen Seite konkurrieren Parteien um WählerInnen. Das Publikum bildet im Verhältnis zur Parteienkonkurrenz im Sinne Georg Simmels den „lachenden Dritten“ – es kann zwar nicht selbst politisch tätig werden, profitiert aber vom Widerstreit der Parteien um Wählerstimmen (Simmel 1908, 135, 327f; Luhmann 1989, 21). Und nur in diesem Sinne kann man von einer Parteiendemokratie als einer „Herrschaft des Volkes“ sprechen: Das Volk herrscht nicht direkt, sondern nur als Zünglein an der Waage in der Parteienkonkurrenz.

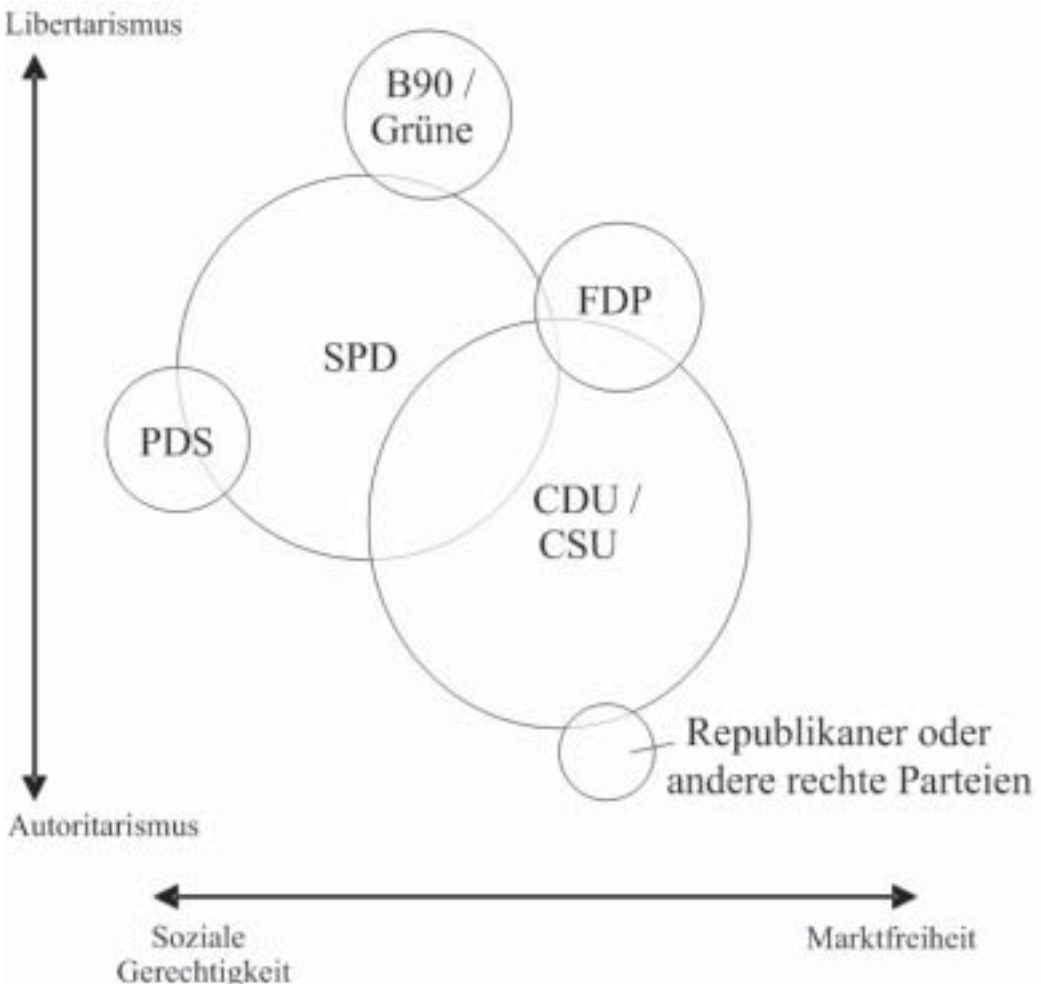
Das Verhältnis der Parteien untereinander wird zunächst durch die Konkurrenz um das wählende Publikum bestimmt. In dieser Situation versuchen die Parteien, sich von ihren Konkurrenzen abzugrenzen und dadurch ihre eigene unverwechselbare „Identität“ zu definieren. Parteien sind damit keine prädefinierten Einheiten, sondern müssen ihre Identitäten als politische Akteure erst mühsam in ihrem Wechselspiel aushandeln. Dazu gehören natürlich Parteiprogramme und konkrete Vorschläge für politische Entscheidungen. Aber diese Identitätssetzungen von Parteien müssen immer flankiert werden durch eine Verortung im Verhältnis zu anderen Parteien im Sinne von „Differenzsetzungen“. Wie Charles Tilly deutlich macht: Politische Identitäten bilden sich immer relational zu anderen politischen Identitäten (1998, 7f, 14f). Parteien sollten deshalb nicht als isolierte Akteure mit feststehenden Eigenschaften betrachtet werden – sondern immer im Rahmen des Netzwerks anderer politischer Parteien, mit denen sie um Wählerstimmen konkurrieren und von denen sie sich abgrenzen müssen. Denn soziale Identitäten als Zurechnungspunkte für Kommunikation entstehen immer in einem Wechselspiel zwischen internen Prozessen und Prozessen der Selbst- und Fremdzuschreibung im übergeordneten Netzwerk – seien es nun die Identitäten von Personen, von Parteien oder von Staaten (Ikegami 2000; Fuhse 2003).

Die politische Landschaft ist nun die symbolische Repräsentation dieses Wechselspiels von Parteien, in das sich andere politische Ak-

teure (Intellektuelle, Verbände, soziale Bewegungen) zusätzlich einordnen können. Wie bereits angedeutet, brauchen sowohl die Akteure selbst, als auch das Publikum Anhaltspunkte für die Verortung der Parteien im Verhältnis zueinander. Und dafür bedarf es einer symbolischen Matrix politischer Identitäten, auf deren Basis Wahlentscheidungen getroffen und politische Forderungen formuliert werden können. Für die Bundesrepublik Deutschland sieht diese symbolische Matrix in Anlehnung an die oben vorgestellten empirischen Ergebnisse von Stöss in etwa aus wie in Abbildung 6 dargestellt.

Dabei wird zum einen sichtbar, dass die Parteien versuchen, den gesamten zur Verfügung stehenden Raum relativ gut abzudecken. Wenn sich irgendwo Lücken ergäben, müssten Parteien versuchen, durch programmatische Änderungen oder durch auf diese Themen zielende Vorschläge die dort mobilisierbaren WählerInnen zu erreichen. Oder es könnte sich eine neue Partei bilden – wie die Grünen um 1980 herum, als die Neuen Sozialen Bewegungen einen Bedarf an Bearbeitung libertärer Themen aufzeigten. Gerade solche Dynamiken kann das vorliegende zweidimensionale Modell weit besser erklä-

Abbildung 6: Parteienkonkurrenz in Deutschland



ren, als am Links-Rechts-Schema orientierte eindimensionale Modelle wie bei Anthony Downs (1957) und Giovanni Sartori (1982, 45–62).

Zweitens fällt der relativ große Bereich auf, in dem sich SPD und die CDU/CSU (und in geringerem Maße auch die FDP) Konkurrenz machen. Der Grund hierfür ist, dass hier die WählerInnen zu finden sind, die über die Zusammensetzung von Regierung und Opposition entscheiden. Denn auch wenn es gelingt, über die Formulierung eines Politikangebots (als „Identität“ einer Partei) WählerInnen an sich zu binden, müssen immer noch politische Mehrheiten organisiert werden. Dafür sind vor allem die WählerInnen in der „Mitte“ entscheidend, woraus sich auch die derzeitige Popularität von Metaphern der „Mitte“ in der Selbstverortung politischer Parteien erklären lässt (Guggenberger/Hansen 1993). Während es den Parteien auf der einen Seite um eine Orientierung am Publikum (und an den eigenen Mitgliedern) geht, müssen sie sich andererseits auch an den Erfordernissen des politischen Systems ausrichten.

Zu diesen Erfordernissen gehört vor allem der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition, der das eigentliche politische Entscheiden prägt. Alle Information aus der Umwelt des politischen Systems wird immer daraufhin beobachtet, was sie für einen Unterschied bei der Verteilung von Regierung und Opposition macht. Und auch die Kommunikation im politischen System wird immer entweder auf die Regierung oder auf die Opposition zugerechnet – oder an diese adressiert. Diese Codeorientierung des politischen Systems legt nahe, dass auch auf der davor geschalteten symbolischen Ebene eine eindimensionale Strukturierung vorgenommen wird. An dieser Stelle liegt die Funktion des Links-Rechts-Schemas. Es erlaubt bei wechselnden Konflikten und Themen eine Vermittlung zwischen der komplexeren politischen Landschaft und dem Gegenüber von Regierung und Opposition. Dafür folgt das Links-Rechts-Schema dem Gegensatz von regierungsbildenden und opponierenden Parteien, der die Hauptlinie der Parteienkonkurrenz bildet. Konstellationen, in denen auf dem Links-Rechts-Schema disparat verortete Parteien koalieren (etwa in Großen Koalitionen),

müssten dieser Argumentation folgend eher die Ausnahme bleiben. Tendenziell werden Regierungskoalitionen aus Parteien gebildet, die zwischen links und rechts ähnlich verortet werden. Das Links-Rechts-Schema ist damit eine weitere Reduktion der politischen Landschaft, die stärker an der Logik des Gegensatzes zwischen Regierung und Opposition orientiert ist.

(b) Die eingangs formulierten Fragen sind demnach durchaus widersprüchlich zu beantworten: Ja, es gibt eine mehrdimensionale politische Landschaft. Genau genommen ist diese angesichts der präsentierten Fallbeispiele gegenwärtig am ehesten zweidimensional strukturiert. Und andererseits nein – es kann keine Positionen außerhalb des eindimensionalen Links-Rechts-Schema geben. Denn jede politische Position bekommt auch nach der Reduktion auf eine Dimension einen Ort auf der Links-Rechts-Skala. Mittels der Unterscheidung von links und rechts (und Mittelpositionen) übersetzt das politische System die symbolische politische Landschaft in seine operative Logik des Gegenübers von Regierung und Opposition. Dies wird auch die deutschen Grünen dazu gebracht haben, die anfangs zitierte Reklamierung einer Position „jenseits des eindimensionalen Rechts-Links-Schemas“ nicht in das schließlich verabschiedete Grundsatzprogramm aufzunehmen. Auch wenn die Grünen eine neue, eigene Perspektive in die Politik gebracht haben – eine politische Verortung ohne die herkömmlichen Labels „links“ und „rechts“ fällt schwer.

Die Ironie dieses Arrangements liegt einerseits in dem damit verbundenen Informationsverlust. Andererseits verlieren im Zuge dieses Informationsverlustes die verschiedenen Akteure auch ein Stück weit ihre Identität im Sinne der symbolisch formulierten Positionen im zweidimensionalen Raum. Dies stellt vor allem für Positionen jenseits der dominierenden Richtung der Parteienkonkurrenz ein Problem dar. Das galt etwa für die Liberalen in Italien, die im Gegensatz zwischen Christdemokraten und Kommunisten kaum je ihre eigenständigen Inhalte verfolgen konnten. Sie galten in der politischen Kommunikation einfach als ebenso rechts wie Neofaschisten und Christdemokraten. Ähnliches gilt für die Liberalen in Großbritan-

nien und die FDP in Deutschland. Aber auch grüne Parteien in Deutschland und anderswo haben noch immer damit zu kämpfen, dass die Hauptlinie der Parteienkonkurrenz an ihnen vorbei geht.

Dies scheint ein Grundproblem von Parteiendemokratien zu sein: Die politischen Landschaften erlauben sehr viel mehr an Komplexität, als sich im operativen Gegenüber von Regierung und Opposition wieder finden lässt. Beide werden also mit inkonsistenten Erwartungen konfrontiert, weil etwa SPD-Wähler von ihrer Partei ganz andere Entscheidungen erwarten als Grün-Wähler von ihrer. Eine Überbrückung dieses Problems läge im „talk“ – in der rhetorischen Befriedigung von Erwartungen, die durch Entscheidungen nicht erfüllt werden können (Brunsson 1989, 26–31). Aber dass Parteien – gerade Regierungsparteien – ihre Wähler mit politischer Rhetorik wirklich zufrieden stellen können, ist zu bezweifeln. Hier – so lässt sich vermuten – besitzen Oppositionsparteien einen klaren strukturellen Vorteil: Sie müssen nur gemeinsam opponieren, nicht gemeinsam entscheiden.

ANMERKUNGEN

- 1 In einem jüngst erschienenen Artikel vermutet Kitschelt, dass sich die Hauptachse der Parteienkonkurrenz inzwischen noch weiter verschoben hat – bis hin zu einer Dominanz des Gegensatzes zwischen libertären und autoritären Orientierungen (2003, 129–131). Eine empirische Untermauerung dieser These fehlt aber.
- 2 Das setzt voraus, dass man überhaupt bereit ist, von organisierten Korporativen wie Parteien oder Verbänden als „Akteuren“ zu sprechen (Hindess 1986). „Akteure“ werden hier nicht verstanden als quasi-unabhängige handelnde Subjekte, sondern als Zurechnungspunkte für Handeln in sozialen Netzwerken (Schneider 1994; White 1992, 16, 196–199). Im sozialen Bereich „gibt“ es keine Subjekte und keine Objekte, sondern immer nur Wechselwirkungen zwischen interdependenten Akteuren als den Kristallisationspunkten zirkulärer Kommunikationsprozesse (Elias 1980).

LITERATUR

- Bobbio, Norberto (1994). *Destra e sinistra; Ragioni e significati di una distinzione politica*, Roma.
- Brunsson, Nils (1989) *The Organization of Hypocrisy; Talk, Decisions and Actions in Organizations*, Chichester.
- Bürklin, Wilhelm (1981). Die Grünen und die „Neue Politik“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22, 359–382.
- Della Porta, Donatella (2001). *I partiti politici*, Bologna.
- Douglas, Mary (1986). *How Institutions Think*, Syracuse.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Duverger, Maurice (1951). *Les partis politiques*, Paris.
- Elias, Norbert (1980). Die Fischer im Mahlstrom, in: ders.: *Engagement und Distanzierung*, Frankfurt/Main, 1983, 73–183
- Fuchs, Dieter/ Hans-Dieter Klingemann (1990). *The Left-Right Schema*, in: Kent Jennings et al. (Hg.): *Continuities in Political Action*, Berlin, 203–234
- Fuhse, Jan (2003). *Systeme, Netzwerke, Identitäten; Zur Konstitution sozialer Grenzziehungen*, Schriftenreihe des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart No.1/2003, Stuttgart.
- Gauchet, Marcel (1992). *La droite et la gauche*, in: Pierre Nora (Hg.): *Les lieux de mémoire*, Paris, 2533–2599.
- Giddens, Anthony (1994). *Beyond Left and Right*, Cambridge.
- Grundsatzprogrammkommission* (2001). *Grün 2020; Entwurf für das Grundsatzprogramm*, Berlin.
- Guggenberger, Bernd/Klaus Hansen (Hg.) (1993). *Die Mitte*, Opladen.
- Hindess, Barry (1986). *Actors and Social Relations*, in: Mark Wardell/Stephen Turner (Hg.): *Sociological Theory in Transition*, Boston, 113–126.
- Ikegami, Eiko (2000). *A Sociological Theory of Publics: Identity and Culture as Emergent Properties in Networks*, in: *Social Research*, 67, 989–1029.
- Inglehart, Ronald (1997). *Modernization and Postmodernization*, Princeton.
- Kitschelt, Herbert (1988). *Left-libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems*, in: *World Politics*, 40(2), 194–234.
- Kitschelt, Herbert (1995). *The Radical Right in Western Europe*, Ann Arbor.
- Kitschelt, Herbert (2003). *Political-Economic Context and Partisan Strategies in the German Federal Elections, 1990–2002*, in: *West European Politics*, 26, 125–152.
- Kitschelt, Herbert/Staf Helleman (1990). *The Left-Right Semantics and the New Politics Cleavage*, in: *Comparative Political Studies*, 23, 210–238.
- Knutsen, Oddbjørn (1988). *The Impact of Structural and Ideological Party Cleavages in West European Democracies: A Comparative Empirical Analysis*, in: *British Journal of Political Science*, 18, 323–352.
- Lipset, Seymour/Stein Rokkan (1967). *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*, in: Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York, 1–64.

- Luhmann, Niklas* (1974). Der politische Code; „Konservativ“ und „progressiv“ in systemtheoretischer Sicht, in: Niklas *Luhmann*: Soziologische Aufklärung 3, Opladen 1981, 267–286.
- Luhmann, Niklas* (1986). Die Zukunft der Demokratie, in: Niklas *Luhmann*: Soziologische Aufklärung 4, Opladen 1994, 126–132.
- Luhmann, Niklas* (1986b). „Distinctions directrices“, Über Codierung von Semantiken und Systemen, in: Niklas *Luhmann*: Soziologische Aufklärung 4, Opladen 1994, 15–31.
- Luhmann, Niklas* (1989). Theorie der politischen Opposition, in: Zeitschrift für Politik, 36, 13–26
- Luhmann, Niklas* (1997). Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt/Main.
- Luhmann, Niklas* (2000) Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt/Main.
- Markovits, Andrei/Philip Gorski* (1993). The German Left; Red, Green, and Beyond, Cambridge.
- Murphy, Detlef/Frank Nullmeier/Joachim Raschke/ Frauke Rubart/Thomas Saretzki* (1981). Haben „links“ und „rechts“ noch Zukunft?, in: Politische Vierteljahresschrift, 22, 398–414.
- Offe, Claus* (1985). New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics, in: Social Research, 52, 817–868.
- Raschke, Joachim* (1998). Die Erfindung von Links/Rechts als politisches Richtungsschema, in: Michael *Greven/Herfried Münkler/Rainer Schmalz-Bruns* (Hg.): Bürgersinn und Kritik, Baden-Baden, 185–206.
- Sartori, Giovanni* (1982). Teoria dei partiti e caso italiano, Milano.
- Schneider, Wolfgang Ludwig* (1994). Die Beobachtung von Kommunikation; Zur kommunikativen Konstruktion sozialen Handelns, Opladen.
- Simmel, Georg* (1908). Soziologie, Frankfurt/Main 1992.
- Stöss, Richard* (1997). Stabilität im Umbruch; Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im „Superwahljahr“ 1994, Opladen.
- Thompson, Michael/Richard Ellis/Aaron Wildavsky* (1990). Cultural Theory, Boulder.
- Tilly, Charles* (1998). Political Identities, in: Michael *Haganan/Leslie Page Moch/Wayne te Brake* (Hg.): Challenging Authority, Minneapolis, 3–16.
- Weßels, Bernhard* (1991). Erosion des Wachstumsparadigmas: Neue Konfliktstrukturen im politischen System der Bundesrepublik?, Opladen.
- White, Harrison* (1992). Identity and Control; A Structural Theory of Social Action, Princeton.
- Wildavsky, Aaron* (1991). The Rise of Radical Egalitarianism, Washington.

AUTOR

Jan A. Fuhse, Studium der Politikwissenschaften an der FU Berlin und der Gesellschaftstheorie an der Warwick University (GB), wissenschaftlicher Mitarbeiter für soziologische Theorie an der Universität Stuttgart. Forschungsschwerpunkte: Netzwerktheorie, Migrationssoziologie, kollektive Identitäten, Soziologie des politischen Systems.

Kontakt: Abteilung für Soziologie I, Universität Stuttgart, Keplerstrasse 17, D-70174 Stuttgart.
E-mail: jan.fuhse@soz.uni-stuttgart.de